

Initiative "Selbstbestimmung und Akzeptanz sexueller Vielfalt"



Logo der ISV

Bildrechte: LADS

Hinweis: Dieses Dokument ist eine Archivversion der vormaligen ISV-Website und dient lediglich als Überblick zu den umgesetzten Maßnahmen in den Jahren 2010 bis 2016. Links werden nicht aktualisiert.

Inhalt

Initiative "Selbstbestimmung und Akzeptanz sexueller Vielfalt"	1
Der Berliner Aktionsplan gegen Homo- und Transphobie	3
Übersicht über die Handlungsfelder der ISV	3
Handlungsfeld: Bildung und Aufklärung stärken	4
Schwerpunkt Bildung und Jugendhilfe	4
Fortbildungen im Überblick	4
Materialien im Überblick.....	5
Handlungsfeld Vielfalt in der Pflege und im Alter	7
Vielfalt in der Pflege	7
Vielfalt im Alter	7
Handlungsfeld LSBTI Geschichtsdokumentation und -bildung	9
Aufarbeitung der strafrechtlichen Verfolgung und Verurteilung schwuler Männer in der frühen Bundesrepublik und der DDR.....	9
Förderung von LSBTI-Geschichtsforschung, und -bildung.....	10
Das Koordinierungsgremium LSBTI-Geschichte.....	10
Erinnerungskultur: Sichtbarkeit und Würdigung von LSBTI Persönlichkeiten	11
Lesbische Existenz.....	12
Der Berliner Queer History Month	12
Beschlüsse des Senats und des Berliner Abgeordnetenhauses	13
Handlungsfeld Diskriminierung, Gewalt und vorurteilsmotivierte Kriminalität	14
Berlin liebt! - Kampagne.....	14
Handlungsfeld Wandel der Verwaltung vorantreiben	15
Handlungsfeld Erkenntnisgrundlagen verbessern	16
Handlungsfeld Dialog fördern	17
Handlungsfeld Rechtliche Gleichstellung bundesweit zum Durchbruch verhelfen.....	18
Rechtliche Gleichstellung.....	18
Stärkung der Partizipation von LSBTI Organisationen in Berliner Beiräten und Gremien	19

Der Berliner Aktionsplan gegen Homo- und Transphobie

Das Berliner **Maßnahmenpaket zur Bekämpfung von Homo- und Transphobie** geht zurück auf einen Beschluss des Abgeordnetenhauses, die sog. **Initiative „Berlin tritt ein für Selbstbestimmung und Akzeptanz sexueller Vielfalt“ (ISV)**.

Die **Landesstelle für Gleichbehandlung gegen Diskriminierung (LADS)**, ehemals bei der Senatsverwaltung für Arbeit, Integration und Frauen und heute bei der Senatsverwaltung für Justiz, Verbraucherschutz und Antidiskriminierung hat für die Umsetzung des Maßnahmenpakets (ISV) die Federführung übernommen und koordiniert die Aktivitäten und Pläne der zuständigen Senatsverwaltungen und zahlreicher zivilgesellschaftlicher Akteurinnen und Akteure.

Übersicht über die Handlungsfelder der ISV

Insgesamt besteht das Maßnahmenpaket des Berliner Senats aus dem Jahr 2010 aus über 60 Einzelmaßnahmen in sechs Handlungsfeldern.

- Handlungsfeld Bildung und Aufklärung stärken
- Handlungsfeld Diskriminierung und Gewalt
- Handlungsfeld Wandel der Verwaltung
- Handlungsfeld Erkenntnisgrundlagen
- Handlungsfeld Dialog
- Handlungsfeld Rechtsangleichung

Im Rahmen der Weiterentwicklung der ISV wurden Handlungsfelder ausgebaut und neue Handlungsfelder kamen hinzu:

- Stärkung der Antigewaltarbeit (im Handlungsfeld Diskriminierung und Gewalt)
- Handlungsfeld Geschichtsdokumentation und -bildung (früher Teil des Handlungsfeldes Bildung und Aufklärung)
- Ausbau des Handlungsfeldes Trans- und Intergeschlechtlichkeit
- Ausbau des Handlungsfeldes Internationales Engagement
- Ausbau des Handlungsfeldes Vielfalt in der Pflege und im Alter

Handlungsfeld Bildung und Aufklärung stärken

Schwerpunkt Bildung und Jugendhilfe

Die vorgesehenen Maßnahmen sollen insbesondere im Bereich **Schule und Jugendhilfe** ein Fundament dafür schaffen, dass Diskriminierungen, Mobbing und Gewalt auf Grund verschiedener Merkmale – insbesondere im Hinblick auf Vorurteile gegenüber Lesben, Schwulen, Bisexuellen, trans- und intergeschlechtlichen Menschen (LSBTI) – wahrgenommen, abgebaut und präventiv verhindert werden.

Die Maßnahmen reichen hier beispielsweise von der Evaluation der fächerübergreifenden Sexualerziehung, einer Studie zu Einstellungen unter Berliner Schülerinnen und Schülern, der Evaluation der Umsetzung der Hinweise zur Sexualerziehung an Berliner Schulen AV 27 bis hin zur Erstellung verschiedener Materialien sowie Fortbildungen von Schlüsselpersonen und pädagogischen Fachkräften. Der Februar wurde in Berlin zum [Queer History Month](#) erklärt und dafür ein Portal mit Materialien bereitgestellt. Vorgesehen ist auch, dass an jeder Berliner Schule eine Lehrkraft als Ansprechperson für sexuelle und geschlechtliche Vielfalt zur Verfügung steht.

Fortbildungen im Überblick

Fortbildungsmaßnahmen in den Bereichen Schule und Jugendhilfe werden durchgeführt von der [Bildungsinitiative Queerformat](#). Im Kinder- und Jugendhilfebereich setzt die Bildungsinitiative QUEERFORMAT diese Fortbildungen im Auftrag des Sozialpädagogischen Fortbildungsinstituts Berlin-Brandenburg – SFBB um. Angehende Pädagog_innen, Sozialarbeiter_innen und Heilpfleger_innen werden im Rahmen des Projektes [i-Päd – intersektionale Pädagogik](#) des [Migrationsrats Berlin-Brandenburg](#) fortgebildet.

Das Demokratieprojekt [queer@school](#) des [Jugendnetzwerkes Lambda Berlin-Brandenburg](#) richtet sich an **Schülerinnen und Schüler** und unterstützt mit seinem peer-to-peer Ansatz interessierte Schulen, zu einem toleranten Raum ohne Homophobie, Trans*phobie, Rassismus oder andere Diskriminierungen zu werden.

Workshops für Schulklassen können beim [Lesben- und Schwulenverband Berlin-Brandenburg](#) angefragt werden.

Alle Fortbildungen im Schulbereich sind auf dem [Bildungsserver Berlin-Brandenburg](#) gelistet.

Materialien im Überblick

Materialien für Multiplikatorinnen und Multiplikatoren sowie für die pädagogische Arbeit, die im Rahmen der Umsetzung der Initiative entstanden sind, finden Sie auf den Seiten von QUEERFORMAT, des [Bildungs- und Sozialwerkes des LSVD](#) und des [Bildungsservers Berlin-Brandenburg](#).

Hier nur eine kleine Auswahl an Materialien:

- Die Handreichung „Geschlechtliche und sexuelle Vielfalt in der pädagogischen Arbeit mit Kindern und Jugendlichen“ richtet sich an Fachkräfte der Kinder und Jugendhilfe und wurde im Auftrag des Sozialpädagogischen Fortbildungsinstitut Berlin-Brandenburg erstellt. Eine Leseprobe der Handreichung findet sich bei QUEERFORMAT
- Das [Broschürenquartett “Wie Sie vielfältige Lebensweisen in Ihrer Schule unterstützen können”](#) besteht aus vier Teilen: Teil 1: Checkliste: Nachgefragt – Wie vielfältig ist Ihre Schule?, Teil 2: Konkrete Handlungsoptionen für Ihre Schule mit praktischen Anregungen und Vorschlägen, Teil 3: ‘Schwule Sau!’, ‘Du Transe!’, ‘Kampflesbe!’ – Was tun bei Beschimpfungen und diskriminierenden Äußerungen? sowie Teil 4: Ein Leitfaden für die Beratung als Orientierungshilfe zur Unterstützung von lesbischen, schwulen, bisexuellen und transgeschlechtlichen Kindern und Jugendlichen in der Beratung.
- Die Broschüre “Mobbing an der Schule aufgrund der Sexuellen Identität.” bietet Informationen und Handlungsanregungen für [Schulleitung](#), [Lehrkräfte](#), [Schulpersonal](#) und für [Schülerinnen und Schüler](#). Die Broschüren gibt es auch speziell für [Grundschüler*innen](#) und deren [Lehrkräfte](#) sowie in [leichter Sprache](#) .
- Der Elternbrief “Liebe verdient Respekt” enthält Informationen für Eltern und ist erhältlich in folgenden Sprachen: [deutsch-türkisch](#), [deutsch-arabisch](#) und [deutsch-russisch](#) sowie [deutsch-vietnamesisch](#) und [deutsch-englisch](#).
- Die Broschüre [Mein Kind ist das Beste was mir je passiert ist!](#) enthält Familiengeschichten von Eltern und Verwandten über das Coming-Out ihrer lesbischen, schwulen, bisexuellen und trans Kinder. Sie liegt nun auch in türkischer Sprache vor.
- Die Initiative Intersektionale Pädagogik (I-Päd) hat den [Respekt Guide](#) entwickelt, der in der Bildungsarbeit sehr beliebt ist. Ein weiteres Produkt ist die [intersektionale Kinderbuchliste](#), die Kinderbücher auf ihre Diversitykompetenz überprüft und bewertet.

Studie und Evaluationen

Mit der [Studie zu Einstellungen unter Berliner Schüler innen](#) und der **Evaluation** der Umsetzung der Ausführungsvorschrift A V 27 (Sexualerziehungen) wurde [Dr. rer. nat. Ulrich Klocke](#) an der Humboldt-Universität zu Berlin beauftragt. Die Ergebnisse wurden am 24. Oktober 2012 auf dem 2. Round Table der SPD- und CDU-Fraktion im Abgeordnetenhaus von Berlin vorgestellt.

Auf Grundlage dieser Ergebnisse wurde von der Humboldt-Universität zu Berlin ein **Faltblatt** für pädagogische Fachkräfte mit dem Titel „[Wie können wir Homo- und Transphobie bei Kindern und Jugendlichen abbauen?](#)“ erstellt und im April 2013 vorgestellt.

Für 2016 ist die Durchführung einer „Studie zur aktuellen Lebenssituation von lesbischen, schwulen, bisexuellen, trans- und intergeschlechtlichen Jugendlichen in Berlin unter Berücksichtigung verschiedener Dimensionen der Mehrfachdiskriminierung“ vorgesehen. Befragt werden pädagogische Fachkräfte aus Schule und Jugendhilfe.

Handlungsfeld Vielfalt in der Pflege und im Alter

Bei der Umsetzung der ISV werden seit 2010 auch Maßnahmen in den Bereichen Alter sowie Pflege- und Wohneinrichtungen implementiert. Mit [Beschluss des Abgeordnetenhauses vom 18. September 2014](#) im Rahmen der Weiterentwicklung der ISV wurde der Schwerpunkt Alter und Pflege somit zu einem eigenen Handlungsfeld, das in der Mehrzahl der Maßnahmen von der [Senatsverwaltung für Gesundheit und Soziales](#) umgesetzt wird.

Vielfalt in der Pflege

Bereits in seiner 40. Sitzung am 23.02.2011 hat der **Landespflegeausschuss** beschlossen, die Initiative Akzeptanz sexueller Vielfalt zu unterstützen und hat den Mitgliedern für die Umsetzung akzeptanzfördernder Maßnahmen eine Reihe von Empfehlungen ausgesprochen.

Eine in 2011 im Rahmen der Gesamtevaluation zur ISV durchgeführten Umfrage unter stationären und ambulanten Einrichtungen zeigt u.a. welche Bedeutung das Thema LSBTI in diesen Einrichtungen hat und welche Rolle die Leitlinien der Seniorenpolitik für das Thema spielen. Die wichtigsten Ergebnisse können Sie im Factsheet [Akzeptanz sexueller und geschlechtlicher Vielfalt im Alter](#) nachlesen.

Das Berliner Bündnis für Altenpflege nimmt sich im Rahmen der Qualitäts- und Qualifizierungsoffensive für die Fachkräftesicherung in der Altenpflege dem Thema der Vielfalt der Lebensentwürfe, darunter auch den Belangen von LSBTI im Alter, an. An diesem Bündnis sind mehrere LSBTI Organisationen beteiligt. In diesem Zusammenhang entstand auch die Expertise [Das Alter ist bunt – Vielfalt in der Altenpflege lebendig gestalten.](#), die eindrücklich darstellt, welcher Gewinn Diversity für alle in der Altenhilfe ist.

Vielfalt im Alter

Am 20.08.2013 hat der Berliner Senat die neuen, überarbeiteten [Leitlinien der Seniorenpolitik](#) beschlossen. In 17 Handlungsfeldern sind in den Leitlinien der Berliner Seniorenpolitik 2013 Ziele und Maßnahmen festgelegt, um die Lebensqualität der älteren Berlinerinnen und Berliner weiter zu verbessern und ihre Beteiligung an der Gestaltung der Stadtgesellschaft zu sichern. Sowohl die Verhinderung von [Altersdiskriminierung](#) als auch die [Lebenssituation von älteren Lesben, Schwulen, Bisexuellen sowie trans- und intergeschlechtlichen Menschen](#) werden in zwei eigenen Leitlinien bearbeitet. Darin heißt es u.a. zu:

“ 8. Ältere Lesben, Schwule, Bisexuelle, trans- und intergeschlechtliche Menschen (LSBTI) ...

Der Berliner Senat lehnt jedwede Stigmatisierung älterer Lesben, Schwuler, Bisexueller und trans- und intergeschlechtlicher Menschen ab und setzt sich weiter dafür ein, dass der bereits begonnene Prozess der Sensibilisierung der Gesellschaft, der Einrichtungen der Altenhilfe und ihrer Fachkräfte sowie aller an der Versorgung und Begleitung älterer und alter Menschen Beteiligter weiterhin befördert wird.

- Der Senat wird weiter darauf hinwirken, dass der 2005 begonnene Prozess der Sensibilisierung in diesem Bereich weiter befördert wird.
- Der Senat wünscht sich eine stärkere Einbindung und Beteiligung dieser Personengruppen in die Gremien der Seniorenpolitik und der Pflege, damit auch von hier eine spezifische Beratung im Hinblick auf die Belange von älteren und alten Lesben, Schwulen, Bisexuellen und trans- und intergeschlechtlichen Menschen erfolgen kann.“

Handlungsfeld LSBTI Geschichtsdokumentation und -bildung

Seit 2011 hat der Fachbereich für die Belange von Lesben, Schwulen, Bisexuellen, trans- und intergeschlechtlichen Menschen, u.a. auf Grund von Beschlüssen des Senats und des Abgeordnetenhauses im Rahmen der Weiterentwicklung der ISV einen Schwerpunkt auf das Handlungsfeld „LSBTI- Geschichte“ gesetzt: Die heute ältere Generation der in Deutschland lebenden LSBTI ist in Zeiten der strafrechtlichen Verfolgung homosexueller Handlungen und ihrer gesellschaftlichen Ächtung aufgewachsen. Für viele wirkt die Ausgrenzung, die sie in ihrer Jugend erfahren haben, bis heute fort. Die Rehabilitierung der wegen Verstoß gegen § 175 StGB in den 1950er und 1960er Jahren Verurteilten ist ein längst überfälliger Schritt. Senat und Abgeordnetenhaus haben die Rehabilitierung und die Aufarbeitung der Geschichte von LSBTI in der frühen Bundesrepublik und der DDR zu einem Schwerpunkt der Legislaturperiode gemacht. Geschichtsaufarbeitung und Erinnerungskultur sind ein Beitrag zur Bildung der Gesellschaft und insbesondere der jungen Generation mit dem Ziel, die Errungenschaften heutiger Gleichbehandlungs- und Menschenrechte zu verstehen, sich für sie einzusetzen und sie zu schützen.

Aufarbeitung der strafrechtlichen Verfolgung und Verurteilung schwuler Männer in der frühen Bundesrepublik und der DDR

Der Paragraph 175 des Strafgesetzbuches stellte 122 Jahren lang einvernehmliche sexuelle Handlungen zwischen Männern unter Strafe. Besonders grausam war die Verfolgung in der Nazi-Zeit, nach 1945 galt in der Bundesrepublik Deutschland die NS-Fassung des Paragraph 175 StGB weiter. Ca. 50.000 Männer wurden in den 1950er und 1960er Jahren in der Bundesrepublik verurteilt. Aus der DDR sind 1.292 Verurteilungen bis 1959 bekannt.

Dem Senat ist es ein besonderes Anliegen, die **Geschichte der strafrechtlichen Verfolgung schwuler Männer in der frühen Bundesrepublik und der DDR** aufzuarbeiten und eine bundesweite Rehabilitierung und Entschädigung anzuregen. Ein erstes Fachsymposium zu diesem Thema fand auf Einladung der Landesstelle für Gleichbehandlung – gegen Diskriminierung und der Fraktionen der SPD und der LINKEN im Berliner Abgeordnetenhaus am 17.05.2011 statt. Die Ergebnisse wurden in der Broschüre [§ 175 StGB – Rehabilitierung der nach 1945 verurteilten homosexuellen Männer](#) veröffentlicht.

Außerdem beauftragte und veröffentlichte die Senatsverwaltung die Expertise [Strafrechtliche Verfolgung homosexueller Handlungen in Deutschland nach 1945](#) zu verfassungsrechtlichen, verfassungspolitischen und völkerrechtlichen Aspekten im Zusammenhang von Rehabilitierung und Entschädigung der nach Paragraph 175 Verurteilten.

Mit zwei Bundesratsinitiativen erreichte der Berliner Senat, dass der Bundesrat die Bundesregierung aufforderte, **Maßnahmen zur Rehabilitierung und Entschädigung der nach 1945 in beiden deutschen Staaten wegen einvernehmlicher sexueller Handlungen verurteilten Homosexuellen** zu ergreifen. Mit seinen Initiativen hat das Land Berlin dazu beigetragen, dass im Juni 2017 das Gesetz zur strafrechtlichen Rehabilitierung der nach 1945 wegen einvernehmlicher homosexueller Handlungen verurteilten Personen ([StrRehaHomG](#))

vom Bundestag verabschiedet wurde und am 22.07.2017 in Kraft trat. Die ersten schwulen Männer, die zwischen 1945 und 1969 verurteilt wurden, sind rehabilitiert und haben Entschädigungen bekommen. Berlin will sich weiterhin auch für die Rehabilitierung der zwischen 1969 und 1994 nach §175 StGB Verurteilten und für die Einrichtung eines Härtefonds einsetzen.

Weitere Informationen zu den Entschließungsanträgen und den Beschlüssen des Bundesrates finden Sie im [Handlungsfeld Rechtliche Gleichstellung bundesweit zum Durchbruch verhelfen](#) in diesem Dokument.

Förderung von LSBTI-Geschichtsforschung, und -bildung

Die Geschichte von Lesben, Schwule, Bisexuellen, trans- und intergeschlechtlichen Menschen und ihrer Emanzipationsbewegungen sind Teil der Berliner Stadtgeschichte. Sie soll im Stadtbild sichtbar gemacht und für Bildungseinrichtungen wie Schulen erschlossen werden. Hierzu ist es notwendig, die Dokumentation und Erforschung dieser Geschichte zu unterstützen. Die Senatsverwaltungen haben verschiedene Schritte zur Förderung der Geschichtsdokumentation und Bildung unternommen:

Das [Schwule Museum](#) wird vom Land Berlin seit 2010 durch institutionelle Förderung und die Bereitstellung investiver Mittel unterstützt. Das Archiv und Museum erforscht, dokumentiert und veröffentlicht zu Leben und Werk von Lesben, Schwulen und transgeschlechtlichen Menschen und der Verfolgungen aufgrund der sexuellen Orientierung.

Projektförderungen des Landes Berlin erhalten der [Spinnboden – Lesbenarchiv und Bibliothek Berlin](#), die [Magnus-Hirschfeld-Gesellschaft](#) und die [Bundesstiftung Magnus Hirschfeld](#).

Das Koordinierungsgremium LSBTI-Geschichte

Im August 2012 wurde das Koordinierungsgremium zur Geschichtsaufarbeitung einberufen. Es ist hochrangig besetzt mit Historiker_innen und Wissenschaftler_innen anderer Fachrichtungen. Die Geschichtsinstitute der Berliner Universitäten sind ebenso vertreten wie Gedenkstätten, Museen, die Kultur- und Bildungsverwaltung. Wissenschaft, Verwaltung und Zivilgesellschaft arbeiten eng zusammen. Das Gremium tagt zweimal jährlich. Daraus sind weitere Maßnahmen entstanden:

Das [Archiv der anderen Erinnerungen](#) ist das Video-Zeitzeug_innenprojekt der Bundesstiftung Magnus Hirschfeld. Die biografischen Erinnerungen der heute älteren Lesben, Schwulen und transgeschlechtlichen Menschen werden in Video-interviews aufgezeichnet. So entstehen neue dokumentarische Quellen für die Forschung zur Situation von LSBTI in der frühen Bundesrepublik und der DDR. Einzelne Interviews sind bereits für Bildungszwecke erschlossen. Die Senatsverwaltung war Mit-Initiatorin des Projekts und fördert berlinbezogene Interviews. Weitere Informationen können der [Pressemitteilung](#) zum Start des Projektes vom 28.03.2014 entnommen werden.

Die **AG Akten und andere Quellen sichern und sichten** musste zunächst feststellen, dass die Strafrechtsakten zu Verfahren und Urteilen nach den Paragraphen 175 und 175a aus den 1950er und 1960er Jahren sowie nach Paragraph 151 Strafgesetzbuch der DDR nach Ablauf der vorgeschriebenen Aufbewahrungsfristen weitestgehend vernichtet wurden. Zur Sicherung und Sichtung bisher unerschlossener Quellen entwickelt die LADS einen Leitfaden für Archive und Bibliotheken zur Identifizierung LSBTI-relevanter Materialien.

Erinnerungskultur: Sichtbarkeit und Würdigung von LSBTI Persönlichkeiten

Zur geschichtlichen Aufarbeitung gehört es auch, das **Lebenswerk lesbischer, schwuler, bisexueller sowie trans- und intergeschlechtlicher Menschen** in der Öffentlichkeit zu würdigen und anzuerkennen. So ist es beispielsweise möglich, Straßen und Gebäude nach ihnen zu benennen oder Gedenktafeln zu installieren. Die Verdienste homosexueller und transgeschlechtlicher Menschen, die sich in der Vergangenheit für mehr Akzeptanz eingesetzt haben, sind kaum bekannt, weil ihre sexuelle Identität wegen der strafrechtlichen Verfolgung und gesellschaftlichen Ausgrenzung tabuisiert wurde.

Der Senat möchte anregen, dass bei **Neu- oder Umbenennungen von Straßen, Wegen, Brücken, Grün- und Sportanlagen oder öffentlichen Gebäuden ebenso wie bei der Errichtung von Gedenktafeln, -stelen und Stolpersteinen** LSBTI-Persönlichkeiten verstärkt berücksichtigt werden. Deshalb hat die LADS die Broschüre **LSBTI Persönlichkeiten in Berlin 1825 – 2006** veröffentlicht. Portraitiert werden 35 Personen, die in Berlin lebten und in engem Zusammenhang zur Geschichte von LSBTI standen.

Eine Gedenkstele für **Dr. Fritz Flato** wurde auf Initiative der LADS vom Bezirk Friedrichshain-Kreuzberg gemeinsam mit der ehem. Senatsverwaltung für Integration, Arbeit und Soziales und mit der Unterstützung des Deutschen Roten Kreuzes – Landesverband Berlin im Jahr 2011 errichtet. Fritz Flato war ein jüdischer schwuler Rechtsanwalt, der u.a. schwule Männer und die homosexuelle Presse vor Gericht vertrat und 1935 in die USA emigrieren musste. Die Gedenkstele befindet sich am Ort des Geburtshauses von Flato in der Kommandantenstr. 62 in Kreuzberg. Die **Expertise Dr. Fritz Flato (1895–1949)** gibt einen Einblick in das Leben dieses Anwalts der ersten Homosexuellenbewegung.

Auswahl an LSBTI Persönlichkeiten, die seit 2010 eine besondere Form der Würdigung bzw. des Gedenkens erfahren:

- [Gedenktafel Dr. Fritz Flato](#)
- [Gedenktafel May Ayim](#)
- [Gedenktafeln zur Erinnerung an die erste homosexuelle Emanzipationsbewegung](#)
- [Gedenktafel Rio Reiser](#)
- [Ehrenggrab Hildegard Radusch](#) auf dem Alten St. Matthäus-Friedhof in Tempelhof-Schöneberg
- [Elli Smulla](#)
- [Gedenktafel Charlotte Wolff](#)
- [Denkmal für die erste homosexuelle Emanzipationsbewegung](#) am Magnus-Hirschfeld-Ufer

Auch im Rahmen des Berliner Gedenktafelprogramms sowie innerhalb des Projektes „[Stolpersteine](#)“ wird an Persönlichkeiten erinnert, die infolge ihrer sexuellen Orientierung einer Verfolgung und Diskriminierung ausgesetzt waren. In den **Dauer- und Sonderausstellungen** sowie thematischen Einzelveranstaltungen der Gedenkstätten Stiftung Topographie des Terrors, Haus der Wannseekonferenz sowie der Gedenkstätte Deutscher Widerstand wird die Verfolgung dieses Personenkreises als integraler Bestandteil der Vermittlungsarbeit dargestellt. Und im Rahmen des Projektes „**Zerstörte Vielfalt 2013**“ wurde anlässlich der Jahrestage 80 Jahre Machtübertragung an die Nationalsozialisten sowie 75 Jahre Reichspogromnacht auch die Verfolgung von Berlinerinnen und Berlinern wegen deren sexueller Orientierung thematisiert.

Die Ausstellung [Homosexualität en](#), die 2015 im Deutschen Historischen Museum und im Schwulen Museum stattfand, machte die Geschichte und Gegenwart von LSBTI- Geschichte und -Lebensweisen einer breiten Öffentlichkeit bekannt.

Lesbische Existenz

Die Lebensgeschichten und Diskriminierungserfahrungen lesbischer Frauen in der Zeit von 1945 bis 1969 sind weitgehend unbekannt und unerforscht. Lesbische Liebe wurde nicht strafrechtlich verfolgt, jedoch gesellschaftlich diskriminiert und unsichtbar gemacht. Spezifische Herangehensweisen sind erforderlich, damit die Erforschung und Dokumentation lesbischen Lebens einen angemessenen Stellenwert erhält. Die LADS beauftragte und veröffentlichte deshalb die Expertise [Lesbische Existenz 1945-1969. Aspekte der Erforschung gesellschaftlicher Ausgrenzung und Diskriminierung lesbischer Frauen](#). Die Autorin, Dr. Christiane Leidinger, hat zusammengestellt, was über Lebens- und Diskriminierungserfahrungen lesbischer Frauen in der frühen Bundesrepublik bisher bekannt ist. Zudem wird konkret benannt, wie vorzugehen ist, um dieses kaum wahrgenommene Kapitel deutscher Frauen- und Homosexuellengeschichte weiter zu erforschen ([Zusammenfassung](#)). Um Forschungsvorhaben anzuregen, lud die LADS am 10.06.2016 zu einem bundesweiten Fachgespräch zur [Entwicklung von Forschungsinitiativen und -kooperationen zum Schwerpunkt Lesbische Existenz 1945 – 1969](#) ein. Die Zusammenarbeit soll fortgeführt werden. Interessierte sind eingeladen, sich an der Kooperation zu beteiligen.

Der Berliner Queer History Month



Logo Queer History Month 1

Bildrechte: Agentur für Bildung - Geschichte, Politik und Medien e.V.

Der **Berliner Queer History Month**: Angelehnt an den Britischen LGBT History Month, der seit 2004 erfolgreich für englische Schulen angeboten wird (auch in den USA, Kanada und Australien) und den Black History Month entwickelt die Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Wissenschaft gemeinsam mit Univ.-Prof. Dr. Martin Lücke (Arbeitsbereich Didaktik der Geschichte an der Freien Universität Berlin) und der Bildungsinitiative QUEERFORMAT ein vergleichbares Format für Berliner Schulen, Schüler_innen und

Lehrkräfte. Während des **Berliner Queer History Month** sollen an Schulen Aktionen in Form von Projekten, einzelnen Unterrichtsstunden und/oder auch Exkursionen angeboten werden, die die Geschichte, Gegenwart und Zukunft von Lesben, Schwulen, Bisexuellen, Trans* und Inter* (LSBTI) thematisiert und Jugendliche für die Vielfalt sexueller Lebensweisen und Lebensstile sensibilisiert.

Indem insbesondere die historische Perspektive von sexuellen Identitäten von Lesben, Schwulen, Bisexuellen, Trans* und Inter* (LSBTI) ins Blickfeld gerät, kann es gelingen, Kontinuitäten und Diskontinuitäten von sexueller Diskriminierung, aber auch von Freiräumen der Vielfalt kennen zu lernen.

Flankierend wird der Berliner Queer History Month unterstützt durch einen eigenen Webauftritt, dem [Webportal Queer History](#). Dort kann sowohl auf multimediale Lernangebote zu Themen queerer Geschichte für den Unterricht als auch für die außerschulische Bildung zurückgegriffen werden. Darüber hinaus finden sich dort auch viele weitere Informationen rund um das Thema.

Beschlüsse des Senats und des Berliner Abgeordnetenhauses

Am 17.04.2012 hat der Senat einen [Beschluss zur Erforschung und Dokumentation der Verfolgung und Diskriminierung von Lesben, Schwulen und transgeschlechtlichen Menschen](#) gefasst.

Am 15.1.2015 hat das Abgeordnetenhaus im Rahmen der Weiterentwicklung der ISV einen [Beschluss zur Geschichtsdokumentation und Forschung](#) gefasst, der 10 Punkte umfasst.

Relevante Berichte:

Schlussbericht vom 04.12.2015: Initiative für Selbstbestimmung und Akzeptanz sexueller Vielfalt weiterentwickeln II: Geschichtsdokumentation und Forschung (Drucksachen 17/1683 und 17/1991)

Handlungsfeld Diskriminierung, Gewalt und vorurteilsmotivierte Kriminalität

Erschreckende Überfälle im Jahr 2008 hatten den Anlass für die ISV gegeben. Diskriminierungen und Gewalt gegen Lesben, Schwule, Bisexuelle, trans- und intergeschlechtliche Menschen (LSBTI) liegen in Berlin immer noch auf einem hohen Niveau. Es ist davon auszugehen, dass in diesem Bereich auch ein sehr großes Dunkelfeld besteht. Deshalb werden LSBTI Personen mit Empowermentmaßnahmen unterstützt, Gefahren zu erkennen, ihre Rechte zu kennen und in Anspruch zu nehmen. Opfer von Gewalt und Diskriminierung werden umfassend informiert und qualifiziert beraten. Dafür werden im Rahmen der Umsetzung dieser Maßnahmen Projekte der Zivilgesellschaft gefördert. Auch Maßnahmen der **Berliner Polizei** und ihrer **Ansprechpersonen für gleichgeschlechtliche Lebensweisen der Berliner Polizei** tragen dazu bei, die Sensibilität für die Belange der Opfer zu erhöhen.

Seit dem 14.08.2012 hat Berlin nun auch eine **Ansprechperson für Schwule, Lesben, Bisexuelle, transsexuelle und intersexuelle Opfer homophober Hasskriminalität bei der *Berliner Staatsanwaltschaft**. [Oberstaatsanwältin Ines Karl](#) ist Berlins erste Ansprechpartnerin für schwule, lesbische, bisexuelle sowie trans- und intergeschlechtliche Menschen, die Opfer homo- oder transphober Hasskriminalität wurden. Ab sofort können sich nun Betroffene direkt an die Ansprechperson bei der Staatsanwaltschaft wenden. Sie nimmt Anliegen, Beschwerden, gegebenenfalls auch Strafanzeigen auf und stellt den Kontakt zu den zuständigen Staatsanwältinnen und Staatsanwälten, der Polizei und den privaten Hilfsorganisationen her. Darüber hinaus ist das öffentliche Interesse an der Strafverfolgung künftig grundsätzlich anzunehmen. Einstellungen unter Verweisung auf den Privatklageweg bzw. wegen Geringfügigkeit sind danach regelmäßig ausgeschlossen.

Ebenfalls zu diesem Handlungsfeld gehört die multimediale **Akzeptanzkampagne** zu sexueller und geschlechtlicher Vielfalt, die sich insbesondere 2011 mit verschiedenen Kampagnenmodulen und mehrsprachigen Bestandteilen an die Berliner Bevölkerung richtete. Zur Verstetigung des mit der Kampagne begonnenen Sensibilisierungsprozesses waren auch in 2012 die erfolgreichen Akzeptanzteams berlinweit unterwegs.

Die ursprüngliche Kampagnenwebseite "Berlin liebt! Respekt macht`s möglich."- Kampagne" wird zurzeit neu konzipiert und soll in Zukunft über die ISV, deren Fortführung sowie Weiterentwicklung berichten.

Berlin liebt! - Kampagne

Ebenfalls zu diesem Handlungsfeld gehört die multimediale **Akzeptanzkampagne** zu sexueller und geschlechtlicher Vielfalt, die sich insbesondere 2011 mit verschiedenen Kampagnenmodulen und mehrsprachigen Bestandteilen an die Berliner Bevölkerung richtete. Zur Verstetigung des mit der Kampagne begonnenen Sensibilisierungsprozesses waren auch in 2012 die erfolgreichen Akzeptanzteams berlinweit unterwegs.

Handlungsfeld Wandel der Verwaltung vorantreiben

Berlin hat sich bereits 2007 mit dem Beitritt zur [Charta der Vielfalt](#) dazu verpflichtet, eine Verwaltungskultur zu pflegen, die von Respekt und Wertschätzung geprägt ist. Diversity-Aspekte sollen als integraler Bestandteil der Personalentwicklungskonzepte der Berliner Verwaltung etabliert werden. Zudem möchte der Senat beispielgebend für andere Arbeitgebende der Stadt wirken.

Im Jahr 2011 wurden zahlreiche Inhouse Diversity-Fortbildungen mit dem Schwerpunktthema "sexuelle und geschlechtliche Identität" für Führungskräfte und Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Senatsverwaltungen und anderer öffentlicher Dienststellen durchgeführt. Seit 2012 gehören Diversity Fortbildungen mit den Schwerpunkten "Sexuelle Orientierung" sowie "Geschlechtsidentitäten" zum Standardprogramm der LADS-[Akademie](#) und seit 2013 wird jährlich eine **Diversity Fortbildungsreihe mit den Schwerpunkten sexuelle Orientierung und Geschlechtsidentitäten (LSBTI)** für Mitarbeitende und Führungskräfte der Berliner Bezirks- und Senatsverwaltungen angeboten.

Handlungsfeld Erkenntnisgrundlagen verbessern

Voraussetzung für ein erfolgreiches Handeln ist das Erforschen der empirischen Basis zu den unterschiedlichen sozialen Erfahrungen von Lesben, Schwulen, trans- und intergeschlechtlichen Personen. Dazu sind wissenschaftliche Studien in Auftrag gegeben worden.

Bereits veröffentlichte Studien:

- [Studie](#) zu **Diskriminierungs- und Gewalterfahrungen lesbischer und bisexueller Frauen und transidenter Menschen** im Rahmen der [Kampagne von LesMigraS](#) (2012)
- [Studie](#) zu **Akzeptanz sexueller Vielfalt an Berliner Schulen. Eine Befragung zu Verhalten, Einstellungen und Wissen zu LSBTI und deren Einflussvariablen** von [Dr. Ulrich Klocke, Humboldt-Universität zu Berlin](#) (2012)

Handlungsfeld Dialog fördern

Um die Akzeptanz sexueller Vielfalt in der Gesellschaft zu erreichen, setzt der Senat seinen Dialog mit unterschiedlichen gesellschaftlichen Gruppen wie zum Beispiel Unternehmen, kulturelle Institutionen, Religionsgemeinschaften, Migrant/innenselbstorganisationen, Sportverbänden und vielen anderen fort. Dieser Dialog dient dazu, die Zielgruppen wechselseitig füreinander mit dem Ziel zu sensibilisieren, die Anerkennung von unterschiedlichen Lebensweisen zu erreichen. Im Rahmen der Umsetzung wird das vom LSVD Berlin-Brandenburg initiierte [Bündnis gegen Homophobie](#) fortgesetzt und ein Runder Tisch Akzeptanz sexueller Vielfalt wurde eingerichtet, der vom [Migrationsrat Berlin-Brandenburg](#) im Auftrag der LADS organisiert und koordiniert wurde.

Handlungsfeld Rechtliche Gleichstellung bundesweit zum Durchbruch verhelfen

Um das Ziel der Gleichbehandlung von Menschen verschiedener sexueller Identität zu erreichen, ist die Ausschöpfung und Anwendung des geltenden Rechts auch für LSBTI konsequent zu verfolgen. Dafür wurden und werden auch weiterhin verschiedene Bundesratsinitiativen auf den Weg gebracht. Auch die Heraushebung und Anerkennung von schwulen, lesbischen und transidenten Persönlichkeiten sowie die Stärkung der Partizipation von LSBTI Organisationen in Berliner Beiräten und Gremien sind in diesem Handlungsfeld wichtige Maßnahmen.

Rechtliche Gleichstellung

Initiativen zur Gleichstellung der Eingetragenen Lebenspartnerschaft mit der Ehe

Am 01.03.2011 hat der Senat beschlossen: Berlin engagiert sich im Bundesrat für die **Gleichstellung eingetragener Lebenspartnerschaften mit der Ehe im Kindschaftsrecht** [Pressemitteilung](#). Der [Entschließungsantrag](#) fand im Bundesrat keine Mehrheit.

Am 01. März 2013 beschloss der Bundesrat mit den Stimmen des Landes Berlins und mit breiter Mehrheit einen **Gesetzentwurf zur Gleichstellung der eingetragenen Lebenspartnerschaft mit der Ehe im Einkommenssteuerrecht**. Der Antrag fordert die Bundesregierung auf, eingetragene Lebenspartnerschaften bei der Einkommenssteuerveranlagung nicht mehr wie Ledige zu behandeln, sondern mit Eheleuten gleichzustellen. Hier finden Sie den [Gesetzesantrag](#) und die [Pressemitteilung der Senatorin](#).

Initiativen zur Rehabilitierung und Unterstützung der nach § 175 und § 151 Verurteilten

Im April 2012 hat das Land Berlin einen [Entschließungsantrag zur Rehabilitierung und Unterstützung der nach 1945 in beiden deutschen Staaten wegen einvernehmlicher homosexueller Handlungen Verurteilten](#) im Bundesrat eingebracht, der am 12.10.2012 mit wenigen Änderungen angenommen wurde. Damit wird die Bundesregierung aufgefordert, Maßnahmen zur **Rehabilitierung und Entschädigung der nach 1945 in beiden deutschen Staaten wegen einvernehmlicher sexueller Handlungen verurteilten Homosexuellen** zu ergreifen. Unter anderem soll die formelle Aufhebung der einschlägigen Strafurteile ernsthaft geprüft werden. Hier finden Sie den [Beschluss](#) und die [Rede der Senatorin](#).

Ein weiterer Antrag des Landes Berlins zur [Rehabilitierung der nach 1945 in beiden deutschen Staaten gemäß §§ 175, 175a Nr. 3 und 4 des Strafgesetzbuches und gemäß § 151 des Strafgesetzbuches der DDR verurteilten Männer](#) wurde vom Bundesrat am 10.07.2015 beschlossen: [Beschluss des Bundesrates](#).

Mit seinen Initiativen hat das Land Berlin dazu beigetragen, dass im Juni 2017 das "Gesetz zur strafrechtlichen Rehabilitierung der nach dem 8. Mai 1945 wegen einvernehmlicher

homosexueller Handlungen verurteilten Personen ([StrRehaHomG](#))“ vom Bundestag verabschiedet wurde und am 17.07.2017 in Kraft trat.

Stärkung der Partizipation von LSBTI Organisationen in Berliner Beiräten und Gremien

Im Rahmen der Umsetzung der ISV hat die Prüfung im Rahmen des Beschluss des Abgeordnetenhauses vom 02.04.2009 zur “Unterstützung von Initiativen für die rechtliche Gleichstellung von Menschen unterschiedlicher sexueller Orientierung“ ergeben, dass ein Grundsatzbeschluss nicht geeignet erscheint, der Zielsetzung dieser Maßnahme zu entsprechen. Den derzeit im Land Berlin existierenden Gremien und Ausschüssen liegen unterschiedliche Regelungen zu Grunde, die sich wiederum grundsätzlich auf die Beteiligungsformen bzw. -möglichkeiten weiterer, potenzieller Akteurinnen und Akteure auswirken. Daher wurde die Herangehensweise insofern geändert, ohne das Ziel dabei aus dem Auge zu verlieren, dass die Rahmenbedingungen der einzelnen Gremien und Ausschüsse gesondert hinsichtlich der Beteiligung einer fachkompetenten LSBTI Organisation geprüft werden. Darüber hinaus besteht jederzeit für interessierte und im jeweiligen Handlungsfeld engagierte LSBTI Organisationen auch die Möglichkeit, aus eigener Initiative heraus und mit der entsprechenden Fachkompetenz bei einzelnen Beiräten bzw. Gremien vorstellig zu werden. Siehe hierzu auch die [Antwort des Berliner Senats auf die Kleine Anfrage \(Drs.17/10762\)](#) des Abgeordneten Dr. Klaus Lederer (LINKE).

Aktuelle Beteiligungen von LSBTI Organisationen in Fachbeiräten und Gremien:

- [Berliner Beirat für Familienfragen](#) dem LSVD Berlin-Brandenburg
- [Berliner Vollzugsbeirat](#): mit Mann-O-Meter – [weitere Informationen](#)
- [Berliner Beirat für Entwicklungszusammenarbeit](#): mit der Hirschfeld-Eddy-Stiftung – [weitere Informationen](#).
- **Berliner Begleitgruppe** zur Begleitung der Bewerbung um die Olympischen und Paralympischen Spiele 2024/28 mit dem LSVD Berlin-Brandenburg
- [Landespflegeausschuss Berlin](#): mit Schwulenberatung Berlin – [weitere Informationen](#)
Hierfür wurde die [Verordnung über den Landespflegeausschuss](#) geändert.

Daten zur Entstehungsgeschichte der ISV:

- **02.04.2009** Initiative „[Berlin tritt ein für Selbstbestimmung und Akzeptanz sexueller Vielfalt](#)“ wird vom Abgeordnetenhaus beschlossen
- **16.02.2010** Berliner Senat legt ein [Maßnahmenpaket zur ISV](#) vor
- **16.02.2011** [Zwischenbericht über die im Jahr 2010 realisierten ISV Maßnahmen](#)
- **17.05.2012** inkl. einer [Zusammenfassung zu den im Jahr 2010 realisierten ISV Maßnahmen](#)
- **23.10.2012** Ergebnisbericht zu den Maßnahmen im Handlungsfeld Bildung und Aufklärung

Berichte an das Abgeordnetenhaus:

- **20.12.2016** Initiative für Selbstbestimmung und Akzeptanz sexueller Vielfalt [weiterentwickeln \(III\) – Gegen Gewalt und Diskriminierung](#) – Mitteilung zur Kenntnisnahme
- **20.12.2016** Initiative für Selbstbestimmung und Akzeptanz sexueller Vielfalt [weiterentwickeln \(V\) – Internationale Zusammenarbeit und Dialog](#) – Mitteilung zur Kenntnisnahme
- **23.10.2015** Initiative für Selbstbestimmung und Akzeptanz sexueller Vielfalt [weiterentwickeln \(III\) – Lesbische, schwule, bi-, transsexuelle, transgender und intersexuelle \(lsbtti*\) Flüchtlinge unterstützen – jetzt!](#) – Mitteilung zur Kenntnisnahme
- **19.11.2015** Initiative für Selbstbestimmung und Akzeptanz sexueller Vielfalt [weiterentwickeln \(II\) – Geschichtsdokumentation und Forschung](#) – Zwischenbericht und Mitteilung zur Kenntnisnahme
- **08.04.2015** Initiative für Selbstbestimmung und Akzeptanz sexueller Vielfalt [weiterentwickeln \(I\) – Vielfalt in der Pflege und im Alter](#) – Mitteilung zur Kenntnisnahme